



Antragsteller*in:

Students for Palestine Freiburg

Antragsinhalt:

Die Vollversammlung möge beschließen,

jegliche Form der Militarisierung der Universität Freiburg, sowie aller anderen deutschen Universitäten abzulehnen. Die Universität wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Forschung und Lehre an deutschen Universitäten ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken dienen, und dass keine zur Bildung vorgesehenen finanzielle Mittel sowie andere akademischen Ressourcen zum Zwecke der militärischen Forschung, der Unterstützung von Rüstungsprojekten oder unmittelbar kriegsbezogenen Zwecken eingesetzt werden. Insbesondere sind Kooperationen zwischen deutschen Universitäten mit der Bundeswehr oder der Rüstungsindustrie abzulehnen und zu verurteilen.

Begründung:

Die zunehmende Aufrüstung in Europa und Militarisierungsprogramme auf EU-Ebene (wie PESCO, eine EU-Verteidigungsinitiative, oder der European Defence Fund) führen dazu, dass zivile Institutionen wie Hochschulen vermehrt in militärische Strukturen eingebunden werden sollen. Diese Tendenz zeigt sich unter anderem darin, dass die Bundeswehr inzwischen gezielt an Hochschulen um Nachwuchs wirbt und dass selbst im EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ Forschungslinien mit potenziell militärischer Verwendbarkeit gefördert werden. Hochschulen sind jedoch dem Prinzip der friedlichen und zivilen Bildung verpflichtet. Dementsprechend hat der Senat der Universität Freiburg bereits 2014 eine Zivilklausel in die Grundordnung aufgenommen, die festschreibt, dass Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung ausschließlich auf friedliche Ziele auszurichten sind. Angesichts dieser Entwicklung muss sich die Universität Freiburg klar positionieren und der schleichenden Militarisierung deutlich entgegenstellen: Weder Wissenschaft noch Lehre dürfen zu militärischen Zwecken instrumentalisiert werden. Viele Studierende lehnen eine Beteiligung ihrer Universität an Rüstungsforschung oder militärisch relevanten Projekten entschieden ab. In einer Zeit wachsender Kriegsgefahr sollte die Universität ein sichtbares Zeichen für den Frieden setzen und sich unmissverständlich zu einer ausschließlich zivilen Forschung bekennen. Eine solche Selbstverpflichtung – bekräftigt durch eine Zivilklausel – stärkt die Glaubwürdigkeit der Hochschule und bewahrt Forschende davor, durch politischen oder wirtschaftlichen Druck zu militärischer Forschung gedrängt zu werden.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).